Fossile Faschisierung, Neuaufteilung der Welt, Aufrüstung und ökosozialistische Perspektiven

6 Thesen zur Diskussion am Strategieseminar eingeladen von *emanzipation*
am 28.-30. März 2025

Christian Zeller, 21. März 2025

Diese Thesen sollen zur Diskussion anregen und dazu beitragen, dass wir uns gemeinsam in einer sich rasch verändernden Welt orientieren und ökosozialistische Organisierungsperspektiven entwickeln können. Ich gehe davon aus, dass eine ökosozialistische Orientierung nur dann wirksam und glaubwürdig sein kann, wenn sie die gegenwärtigen Herausforderungen umfassend annimmt.[i]

1 Fossile Faschisierung

Die Welt verändert sich abrupt. Einerseits treiben die Erderhitzung, die Zerstörung von Biodiversität und zahlreiche weitere ökologische Degradationsprozesse den Planeten über „planetare Grenzen", so dass sich in wenigen Jahrzehnten große Regionen der Erde in lebensfeindliche Zonen verwandeln werden. Andererseits versuchen mächtige Interessensvertreter:innen des Kapitals ihre seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff anhaltenden Orientierungsschwierigkeiten mit einer autoritären Wende zu überwinden.

Wesentliche Kapitalsektoren gehen davon aus, dass eine Wende weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern nicht möglich ist. Es ist ihnen bewusst, dass die kommende Zeit von enormen Widersprüchen, Konflikten und Kriegen gekennzeichnet sein wird. Das fossile Kapital erwartet in den kommenden Jahrzehnten überdurchschnittliche Profite einzufahren und investiert wieder in den Ausbau der fossilen Infrastruktur.[2] Der in vielen Industrien angekündigte Umbau der Prozesse von Gas auf Wasserstoff stockt. Es ist offensichtlich, dass grüner Wasserstoff nicht in der erforderlichen Menge erhältlich sein wird.

Der fossile Backlash vollzieht sich auch politisch. Nationalkonservative und faschistische Parteien, die offensiv jede wirksame Klimapolitik bekämpfen, gewinnen in zahlreichen Ländern Europas Wahlen. Sozialdemokratische und grüne Parteien haben ihre eigenen zaghaften ökologischen Reformen vergessen oder machen sie selber rückgängig. Gewerkschaften betreiben weiterhin klassische Standortpolitik – auch zugunsten der Automobilindustrie und energieintensiver Industrien. Linke Parteien getrauen sich nicht mehr, klar für ein ökologisches Programm einzustehen.

Doch die sich bereits länger abzeichnende autoritäre Wende und die fossile Gegenoffensive erhalten nun einen dramatischen zusätzlichen Schub. Das ökonomische und politische Gewicht des US-Imperialismus schwindet. Es reicht ihm nicht mehr aus, um die seit Anfang der 1990er Jahren bestehende unipolare Weltordnung wirksam mit den eigenen Regeln zu erhalten. Mit ihrem Bündnisangebot an Russland versucht die Trump-Administration auf diese Herausforderung zu reagieren. Putins Verständnis der Einflusssphären und „Hinterhöfe" entspricht auch Trumps Sicht auf die Welt. Putin erhält freie Hand in Osteuropa und Zentralasien, Trump auf dem amerikanischen Kontinent. Der größte Herausforderer ist allerdings China. Angesichts der umfassenden wirtschaftlichen Verflechtungen der USA mit China sind einer raschen militärischen Zuspitzung der Rivalität allerdings gewisse Grenzen gesetzt. Ob es Trump gelingt, die Bande Russlands mit China zu lockern, bleibt offen. Relevant ist, dass Putin und Trump ein ähnliches Verständnis von Gesellschaft und Ausübung politischer Macht haben. Es ist angemessen, den Putinismus als neue Form von Faschismus und Trump mit seiner Entourage ebenfalls als Faschist:innen zu bezeichnen.[3] Diese beiden neuartigen faschistischen Herrscher sind eng mit dem fossilen Kapital verknüpft. Die Macht und die Kriegsführung Putins beruht nahezu vollständig auf fossilem Kapital. Russland ist eine imperialistische Macht, die nicht einmal zum Schein von Energiewende spricht. Das 2020 beschlossene russische Energiekonzept 2035 sieht eine massive Ausweitung der Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe vor.

2 Kriege – imperialistische Rivalität – Selbstbestimmung

Die imperialistische Rivalität spitzt sich zu. Die USA wollen den Aufstieg des neuen Rivalen China ausbremsen. Die NATO verpflichtet ihre Mitgliedsländer auf höhere Rüstungsausgaben. Die Trump-Putin-Annäherung trifft die europäischen Eliten jedoch unvorbereitet. Deren einzige Antwort: Aufrüstung auf Kosten der sozialen Sicherheit. Der Unmut dagegen kann den extremen Rechten weiteren Zulauf beschweren.

Die Herrschenden in Russland stellen sich in die Tradition des Zar:innenreichs und treten allen Bestrebungen nach Unabhängigkeit im Gebiet, das sie dem russischen Reich als zugehörig betrachten, entgegen. Der Kreml akzeptiert keine unabhängige Ukraine. Darum besetzte Russland 2014 die Halbinsel Krim und weite Gebiete im Osten der Ukraine. Darum startete das Putin-Regime im Februar 2022 den Großkrieg gegen die gesamte ukrainische Bevölkerung.

Auf den verbrecherischen Angriff der islamistischen Bewegung Hamas am 9. Oktober 2023 reagierte die israelische Staatsführung mit einem genozidalen Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza. Zugleich betreibt die israelische Armee im Einklang mit radikalen Siedler:innen die umfassende militärische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland, die auf die komplette Annexion dieses Gebiets und eine weitere Vertreibung der Bevölkerung zielt. Nach Jahrzehnten eines – von allen bisherigen Regierungen Israels getragenen – brutalen Besatzungsregimes will die aktuelle Staatsführung die palästinensische Bevölkerung auch aus diesen Gebieten vertreiben. Sie setzt auf die komplette Zersetzung und Demoralisierung der palästinensischen Gesellschaft. Die Politik des permanenten Kriegs findet in der Ausdehnung des Krieges gegen Libanon und möglicherweise den Iran sowie in der langfristig angelegten Besetzung weiterer Gebiete in Südsyrien ihre Fortsetzung und Eskalation.

Die Trump-Administration treibt diese Strategie auf die Spitze. In enger Absprache mit der israelischen Staatsführung bereitet sie einen Massentransfer von Palästinenser:innen aus Gaza vor. Die umliegenden Länder verweigern sich diesem Projekt vorerst. Nun sind Sudan, Somalia und Somaliland als „Homelands" für die Menschen in Gaza im Gespräch. Gelingt den Regierungen der USA und Israels dieses Verbrechen, reißen sie das Tor zur Hölle weit auf. Bald werden weitere Regierungen versucht sein, es ihnen gleich zu tun.

Der russische Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung und der israelische Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung haben bereits lange bestehende Bruchlinien in der internationalen Linken – ganz besonders in Deutschland – vertieft. Zur Erfahrung vielfacher Niederlagen in sozialen und ökologischen Kämpfen gesellen sich

nun massiv verstärkt Spaltungen, Verwerfungen, Fragmentierung und Orientierungslosigkeit.

Große Teile der Linken haben sich vom Grundsatz verabschiedet, immer und überall den Unterdrückten und Ausgebeuteten beizustehen und ihre (auch nationale) Selbstbestimmung zu unterstützen. Stattdessen teilen sie die Welt in geopolitische Blöcke und meinen eine multipolare Weltordnung bilde ein zu begrüßendes Gegengewicht zum US-Imperialismus. Doch die Erstarkung autoritärer, gegen die USA und EU gerichteter Mächte macht die Welt weder demokratischer noch sozialer. Angesichts des Trump-Putin-Bündnis erweist sich diese „linke Reaktion" als komplett absurd und als tatsächlich reaktionäre Annäherung.

In dieser Situation ist es dringend, eine Strömung und Kraft aufzubauen, die sich jenseits aller imperialistischen und geopolitischen Blockbildungen mit den „Kämpfen von unten" solidarisiert.[4] Das heißt konkret: es gilt den zivilen und bewaffneten Widerstand der Gewerkschafter:innen, Feminist:innen, Umweltaktivist:innen, Sozialist:innen und Anarchist:innen in der Ukraine gegen die russischen Besatzungstruppen sowie ihren politischen Kampf gegen die neoliberale Regierung Selenskyj-Regierung ebenso zu unterstützen wie all jene Menschen und Initiativen in Palästina-Israel, die trotz schlimmster Bedingungen, sich für eine gemeinsame Gesellschaft und in einem Staat ohne jede nationale, religiöse und gesellschaftliche Diskriminierung einsetzen, ebenso wie die demokratischen Bewegungen in Syrien und Ägypten, wie die demokratischen kurdischen und arabischen Kräfte in Nordostsyrien und den gesellschaftlichen Widerstand gegen das Erdogan-Regime in der Türkei.[5]

Sowie Vietnam das Recht hatte, russische und chinesische Militärhilfe gegen den Krieg der USA beanspruchen, so hat die Ukraine das Recht Waffenlieferungen aus den USA und den europäischen Staaten anzunehmen. Dass derartige Hilfen weder stabil noch uneigennützig sind, zeigen die jüngsten Entwicklungen, die sowohl die Ukrainer:innen als auch die Kurd:innen schmerzlich spüren. Zur Erinnerung: Die Spanier:innen, die von der UdSSR im Bürgerkrieg verraten wurden und die Vietnames:innen, denen China nach dem Besuch von US-Präsident Nixon die Hilfe reduzierte, machten ähnliche Erfahrungen.

3 Autoritäre Kapitalherrschaft im gesellschaftlichen Desaster

Die herrschenden Klassen befinden sich in einer Orientierungskrise. Mehr als vier Jahrzehnte neoliberale Hegemonie haben sich erschöpft. Die neoliberalen Konzepte wirken nicht mehr. Die Verheißungen des scheinbar freien Marktes und Welthandels erweisen sich als bittere Illusionen. Die gesellschaftlichen Ungleichheiten haben sich massiv verstärkt. Die unumkehrbaren ökologischen Zerstörungen nehmen zu. Die Regierungen Nordamerikas und Europas greifen zunehmend zu protektionistischen Maßnahmen, um die erstarkenden Rivalen aus China auszubremsen, denen das nordamerikanische und europäische Kapital durch massive Direktinvestitionen seit den späten 1990er Jahren ihrerseits die nötige Anschubfinanzierung erbrachte.

Die sich verkettenden Widersprüche und Krisen, die schließlich eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise selbst sind, erweisen sich als immer schwieriger zu verwalten und kleinzuarbeiten. Nicht weil die Arbeiter:innenbewegung bedrohlich stark geworden ist, sondern weil die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise und die geopolitischen imperialistischen Rivalitäten sich im Rahmen der parlamentarischen Demokratie als zunehmend schwieriger zu verwalten erweisen, erwägen Teile des herrschenden Bürgertums autoritäre Herrschaftsformen durchzusetzen.

Zugleich nutzen nationalkonservative und faschistische Kräfte die gesellschaftliche Krise, die durch scheinbar „grüne" Modernisierungsprogramme bewirkten sozialen Belastungen sowie die Abstiegsängste unter den Lohnabhängigen und im Kleinbürgertum aus, um ihre rassistische Ausgrenzung und ihren chauvinistischen Nationalismus in der Gesellschaft zu verankern und in den politischen Institutionen durchzusetzen.

Diese Strömungen leugnen oder relativieren sowohl die mit der Strukturierung in gesellschaftliche Klassen verbundene Ungleichheit als auch die ökologischen Herausforderungen oder sie akzeptieren diese als unabwendbar. Sie verteidigen die Privilegien der „Weißen", „Russen", „Europäer" gegen den Rest der Menschheit. In zahlreichen Ländern erleben wir eine breite Popularisierung und Banalisierung faschistischer Anschauungen. Die Projekte nationalkonservativer und faschistischer Kräfte werden zunehmend klarer: Kontinuität der fossilen Wirtschaft, Verallgemeinerung der Konkurrenz, selektive Abschottung, rassistische Ausgrenzung, patriarchaler Backlash, autoritäres Regime, technologischer Solutionismus.

Teile der bürgerlichen Klasse sind bereit mit Faschist:innen zusammenzuarbeiten und ihnen Regierungsverantwortung anzuvertrauen. Das ist hochgefährlich. Gelingt es der geschwächten Arbeiter:innenbewegung im Verbund mit demokratischen progressiven sozialen Bewegung nicht, der faschistischen Gefahr wirksam entgegenzutreten, droht eine langanhaltende weitere Schwächung und eine Zerrüttung des Selbstvertrauens der Lohnabhängigen in die eigenen Kräfte. Dann werden noch mehr Lohnabhängige darauf setzen, dass nicht sie selber durch Organisierung Verbesserungen durchsetzen können, sondern dass starke Politiker:innen autoritär „aufräumen" und alle jene aus dem Weg räumen und ausschaffen, die scheinbar ungerechtfertigterweise an unserer Gesellschaft teilhaben wollen.

Der Anthropozän-Kapitalismus wird zunehmend autoritär. Die kapitalistische Produktionsweise wird trotz aller Krisen nicht zusammenbrechen. Sie kann mit dem Desaster umgehen. Allerdings zahlen Millionen und schließlich Milliarden von Menschen den Preis, wenn ihnen die Existenzgrundlagen entzogen werden und sie schließlich als Überschüssige ihrem Elend und Tod überlassen werden. Das Abgleiten in die Barbarei wird realistisch.

4 Aufrüstungswelle: wozu?

Die herrschenden Kräfte in Europa und Nordamerika nehmen den russischen Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung zum Vorwand, um bereits früher vorbereitete umfangreiche Aufrüstungsprogramme politisch durchzusetzen und eine massive weitere Aufrüstung in die Wege zu leiten. Die europäischen Regierungen haben seit dem russischen Großangriff am 24. Februar 2022 ihre Unterstützung für die Ukraine wohl dosiert begrenzt. Sie weigern sich, die Ukraine mit modernen und wirksamen Waffen zu ihrer Verteidigung auszustatten. Sie zwingen die Ukraine sich mit angezogener Handbremse zu verteidigen, nahezu ohne eigene Luftwaffe. Noch immer kann die Ukraine ihre Städte nicht vor dem Bomben- und Raketenterror schützen. Zugleich haben die europäischen Regierungen enorme und hoch profitable Waffenexporte an Diktaturen und expansive Regimes wie Ägypten, Saudi-Arabien und Israel organisiert.

Die ukrainische Armee konnte in den letzten Wochen zwar die Situation einigermaßen stabilisieren und den Besatzungstruppen große Verluste zufügen. Die Situation für die ukrainische Bevölkerung wird dennoch dramatischer. Eine Niederlage oder gar Kapitulation der Ukraine würde eine weitere Fluchtbewegung auslösen. Die Demoralisierung der Menschen würde eine solidarische und ökologische Perspektive weiter erschweren und jede einigermaßen konsequente sozialökologische Politik in Europa vorläufig verunmöglichen. Ein Kriegsresultat (was nicht das Ende des Krieges bedeuten würde), das Putin als Sieg darstellen könnte, würde den nationalkonservativen und faschistischen Kräften europaweit und darüber hinaus enormen Auftrieb verschaffen.

Die Regierungen der EU haben sich wiederholt stärkeren Wirtschaftssanktionen gegen Russland entgegengestellt. Besonders das deutsche Kapital verfügt immer noch über umfassende Vermögensbestände in Russland. Die Unternehmen in zahlreichen Ländern Europas – toleriert oder sogar unterstützt – von ihren Regierungen, umgehen systematisch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, tolerieren eine russische Schattenflotte für den Ölexport und betreiben weiterhin lukrative Geschäfte mit den russischen Partner:innen. Sie tun das auf Kosten der russischen Arbeiter:innenklasse, der ukrainischen Bevölkerung und zugunsten der Kriegskasse Putins. Sie liefern auf diese Weise Russland weiterhin Güter, die es zur Waffenproduktion einsetzt.[6] Unterdessen setzen nahmhafte Kapitalvertreter:innen bereits auf eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit den russischen Oligarch:innen. Einige nutzen die neue Partnerschaft zwischen Putin und Trump, um die Eröffnung der Nordstream Pipeline voranzutreiben. Die führenden Kapitalsektoren und europäischen Eliten sind sich aber strategisch uneinig. Suchen die einen nach einem Ausgleich mit dem Putin-Regime, gehen die anderen von einer langfristigen Konfrontation aus.

Der Trump-Putin-Pakt zielt auf die Aufteilung Europas und die Installierung autoritärer, fossilistischer Austeritätsregime, und zwar sowohl in der Interessensphäre Putins als auch im Westen Europas. Die Niederwerfung des ukrainischen Widerstands und die Unterstützung trumpistischer und putinistischer Kräfte in Europa, mit unterschiedlichsten nationalistischen, souveränistischen und faschistischen Kräften im Schlepptau, würde die Gesellschaften Europas massiv verändern.

Putin schaffte es bereits, die russische Gesellschaft zu atomisieren und fragmentieren. Trump ist bestrebt, diesen Prozess auch in seinem Einflussbereich durchzusetzen und dabei die europäischen Gesellschaften zu zersetzen. Putin will Russland auf die Grenzen des Zar:innreichs ausdehnen, was Trump nicht stört. Dieser wiederum will freie Bahn auf dem amerikanischen Kontinent haben und den Einfluss im Mittleren Osten erhalten. Diese Allianz muss jedoch keineswegs stabil sein. Die Rivalen können kooperieren und, wenn sich die Bedingungen oder Kräfteverhältnisse ändern, sich auch wieder bekämpfen.

Für die dominierenden Kräfte in Europa stellt diese massive Verschiebung der geopolitischen Konstellation eine riesige Herausforderung dar. Die Existenz der NATO ist tendenziell in Frage gestellt und die bisherige – fast von allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften getragene – Nordatlantik-Achse könnte sogar zerbrechen. Das alles stürzt die EU und ihr neoliberales Fundament in eine Krise. Die europäischen Bourgeoisien vermochten bisher unter dem hegemonialen Schirm des US-Imperialismus ihre Expansion vorantreiben. Möglichweise endet diese seit dem Zweiten Weltkrieg stabile Konstellation.

Aufgeschreckt durch die neue Situation suchen die herrschenden Klassen in den europäischen Staaten nun hektisch nach Antworten, die den Interessen des Großkapitals entsprechen. Die massiven Aufrüstungsprogramme und die Militarisierung der Gesellschaft dient nicht der Unterstützung des ukrainischen Widerstands, sondern den mittel- und langfristigen Interessen des Kapitals im Kontext der globalen imperialistischen Rivalität. Doch eine autonome Militärmacht der EU lässt sich nicht so schnell aufbauen, weil die USA viele strategisch wichtigen Technologien kontrollieren (das reicht bis zur Steuerung von F35 Kampfjets).

Diese Orientierung ist gekoppelt an eine massive Austeritätspolitik im Sozialbereich, eine weitere Erosion von Umweltvorschriften und die weitgehende Aufgabe von „Klimapolitik“, großzügige Auftragsvergaben an Unternehmen, Steuergeschenke an die Reichen und eine rassistische Zurückweisung von Migrant:innen an den Grenzen und deren gesellschaftliche Ausgrenzung.

Relevant war und bleibt – trotz verständlicher und wachsender Kriegsmüdigkeit – der Widerstand aus der ukrainischen Bevölkerung gegen die russische Besatzung. Auch Selenskyj unterminiert mit seiner unsozialen Politik die Resilienz der Menschen und die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Auf der anderen Seite hat Russland enorme Verluste an Menschen und Material zu verkraften. Dennoch bedrohen die Machthaber im Kreml die Menschen im Baltikum und in Moldau. Sollte die Ukraine fallen, drohen weitere russische Expansionskriege.

Wichtig ist es jedoch das politische Projekt Putins und seiner nationalkonservativen bis faschistischen Partner:innen zu erkennen. Sie setzen auf einen wachsenden politischen Einfluss und damit den Zerfall der bürgerlich demokratischen Ordnung und der bestehenden Architektur der EU.

Die russische Armee wird nicht in der Lage sein, den Westen des Kontinents anzugreifen. Doch sie kann die baltischen Staaten und Moldau bedrohen. Im Falle der baltischen Staaten würde das die NATO vor eine noch nie dagewesene Herausforderung stellen.

5 Europaweite Perspektive und Strategien

Was wäre gegenwärtig eine wirksame Unterstützung des ukrainischen Widerstands? Die EU-Staaten könnten die vorhandenen militärischen Mittel der Ukraine zur Verfügung stellen, der Ukraine die Schulden erlassen und die eingefrorenen 200 Milliarden EUR russischer Gelder für militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine einsetzen, eine Sonderabgabe auf große Vermögen zur Finanzierung durchsetzen und die Zivilgesellschaft für eine breite internationalistische Massenmobilisierung für Demokratie und Frieden unterstützen. Damit würden sie einen wesentlichen Beitrag leisten, um Putins Neofaschismus zu destabilisieren. Weder die Natur der Staaten und der EU noch die aktuellen Kräfteverhältnisse erlauben allerdings einen derartigen Ansatz. Leider ist auch die Linke nicht in der Lage Vorschläge in diese Richtung massenwirksam in die Auseinandersetzungen zu tragen. Sie igelt sich in einem abstrakten Pazifismus ein.

Die Erklärung „*A People's Peace not an Imperial Peace*“ hält fest, dass eine wirksame militärische Unterstützung der Ukraine keineswegs eine neue Welle der Aufrüstung erfordert.[7] Vielmehr gilt es, die lukrativen und profitablen Waffenexporte für Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei und Israel zu stoppen. Diese Regimes terrorisieren mit diesen Waffen ihre Nachbarvölker und ihre eigene Bevölkerung.

Als revolutionäre Ökosozialist:innen vertreten wir, dass die Rüstungsindustrie nicht den Profitinteressen des Kapitals dienen darf – im Gegenteil, wir wollen auf die gesellschaftliche Aneignung und demokratische Kontrolle der Rüstungsindustrie hinarbeiten.[8] Eine gezielte Steigerung der Produktion spezifischer Waffen ist möglich, ohne eine allgemeine Aufrüstungswelle mit der damit einhergehenden ideologischen Kampagne auszulösen. Zudem müssen die EU- und NATO-Staaten endlich aufhören, Russland weiterhin waffenfähige Komponenten zu liefern und zu dessen Kriegsfinanzierung durch den Bezug fossiler Treibstoffe und angereicherten Urans beitragen.

Aus sozialen und dringenden ökologischen Gründen bleibt die demokratische Konversion der Rüstungsindustrie in eine gesellschaftlich nützliche Produktion im globalen Maßstab dringend notwendig. Diese grundsätzliche Orientierung dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Es lässt sich nicht leugnen, dass wir da vor einem Dilemma stehen. Wir sind nicht mehr in der Situation, wo es nur ausschließlich gute und saubere Lösungen gibt. Wahrscheinlich werden derartige Situationen zunehmen: Die Erderhitzung beschleunigt sich, die imperialistische Rivalität verschärft sich, lokale Revolten erhalten Unterstützung von zweifelhaften Kräften.

Genau darum ist es entscheidend, dass emanzipatorische Kräfte und Bewegungen transnational, kontinental und schließlich global zusammenzuarbeiten, sowohl programmatisch als auch strategisch

und ganz praktisch aktivistisch in konkreten Kampagnen. Die transnationale Solidarität und Zusammenarbeit von unten, jenseits und gegen alle geopolitischen Erwägungen und Bündnisse ist die einzige Rückversicherung gegen eine Anpassung an und Unterordnung unter Herrschaftsstrategien.

Doch unmittelbar stehen wir vor ungelösten Fragen. Was bedeutet es für unsere antimilitaristische Orientierung, wenn eine Bevölkerung einer Diktatur gegenübersteht, die ohne Rücksicht auf eigene Verluste Krieg führt und gezielt die lebenswichtige Infrastruktur eines Landes zerstört. Sowohl die neofaschistische Putin-Diktatur als auch die von Faschist:innen durchsetzte israelische Regierung zerstören systematisch geplant das gesellschaftliche Leben von Bevölkerungen, deren Eigenständigkeit sie nicht anerkennen.

Was bedeutet das für den Widerstand gegen derartige Angriffs- und Besatzungstruppen? Was bedeutet das für unsere grundsätzliche antimilitaristische Orientierung? Wir stehen also vor Fragen, die jenen ähnlich sind, die sich dem antifaschistischen Widerstand vor und während des Zweiten Weltkriegs stellten. Wenn wir über Europa hinausschauen, können wir auch einen Blick auf den chinesischen Widerstand gegen die japanischen Besatzungstruppen in den 1930er und 40er Jahren werfen.

6 Für den Aufbau einer solidarischen und ökologischen Bewegung in Europa

Als revolutionäre Ökosozialist:innen können wir weder der Aufrüstung, die den imperialen Interessen der Staaten dient, noch dem abstrakten Pazifismus, der auf einen Verrat an bedrohten Bevölkerungen hinausläuft, zustimmen.

Wir können es nicht akzeptieren, im Kampf der imperialistischen Mächte um globale Hegemonie zur Manövriermasse abgestempelt zu werden. Das heißt aber, dass wir Vorstellungen für ein solidarisches und ökologisches Europa entwickeln müssen. Unsere Orientierung vereint soziale, ökologische und unmittelbar physische Sicherheit. Wir[9]

- stehen für die Erhöhung der Löhne ein, wollen die soziale Sicherheit ausbauen, die öffentlichen Dienste stärken, Ungleichheiten bekämpfen und die Armut beseitigen;
- streben die Vergesellschaftung des Finanzwesens, der Energiewirtschaft, der Rüstungsindustrie und anderer Schlüsselsektoren in ganz Europa an;
- wollen das Geld dort holen, wo es ist, um radikale sozialökologische Strukturreformen durchzusetzen, also die fossilen Treibstoffe verbannen, auf Atomkraftwerke verzichten und wir lehnen CCS als allgemeine Lösung des „Klimawandels“ ab;
- wirken darauf hin, dass den Ländern des Südens ihre Schulden erlassen werden und keine neokolonialen Ausplünderungen stattfinden;
- setzen darauf, dass sich die Bevölkerungen bei einer militärischen Bedrohung die Verteidigung selbst übernehmen können, das heißt, dass die Berufsarmeen durch breit abgestützte Armeen von Wehrpflichtigen ersetzt werden.

Diese Orientierung kann sich nur dann konkretisieren, wenn es gelingt, eine europäische Debatte zu eröffnen und zu führen, die soziale, ökologische und physisch-militärische Sicherheit miteinander verbindet. Die pazifistische oder schlicht naive Negierung realer Bedrohungen, sei es durch ein faschistisches Russland oder durch autoritäre bis faschistische Bewegungen in unseren Staaten und Gesellschaften würde darauf hinauslaufen, vor den Herausforderungen zu kapitulieren und den reaktionären Kräften die Initiative zu überlassen.

Ganz unmittelbar stehen wir vor drei Aufgaben, die jede für sich unermesslich und unerreichbar scheint. Dennoch ist es richtig, sie klar zu benennen und möglichst viele Menschen hier anzusprechen und zu mobilisieren:

- Stopp dem Genozid an der palästinensischen Bevölkerung und Verhinderung einer Massenvertreibung.
- Verhinderung einer Niederlage der Ukraine und der damit einhergehenden Massenflucht und Massendemoralisierung einer ganzen Bevölkerung.
- Verhinderung der massiven Aufrüstung auf Kosten der sozialen Sicherheit und ökologischer Tragfähigkeit.

Wir sollten daran arbeiten, diese Orientierung möglichst breit zur Diskussion zu stellen und Mobilsierungen auf dieser Grundlage zu befördern.

Die Bewegungen der Lohnabhängigen, feministische Bewegungen und Umweltbewegungen haben im Verlauf des 19. und 20. Jahrhundert wichtige demokratische und gesellschaftliche Rechte erkämpft. Viele stehen nun zur Disposition. Die Hyperliberalen, Nationalkonservativen und Faschist:innen zielen darauf diese Errungenschaften zu zerstören. Sie wollen das Leben dem Diktat des Kapitals und ihrer reaktionären Vorstellungen unterwerfen. Doch auf dem erhitzten Planeten werden bereits in fünf Jahrzehnten die Umweltbedingungen für rund drei Milliarden Menschen bedeuten, dass sie nicht mehr sicher an ihrem Wohnort bleiben können.

Die Alternative zwischen Barbarei und Ökosozialismus hat sich seit den Kriegen in der Ukraine, Gaza und Sudan sowie der aktuellen geopolitischen Wende mit der Trump-Putin-Allianz nochmals verschärft. Wir stehen abermals an einem Scheideweg der Geschichte.

Literaturhinweise

[i] Einige Elemente habe ich aus diesem deutlichen längeren Diskussionsbeitrag übernommen. Jetzt berücksichtige ich aber den aktuellen europäischen Kontext. Christian Zeller: *Fossiler Backlash und autoritäre Kapitalherrschaft –ökosozialistische Perspektive. 13 Thesen*, 10. Oktober 2024 Zeller_2024_10_10_Thesen_fossiler_Backlash_Kapitalherrschaft_oekosoz_Perspektiven.pdf

[2] Christian Zeller (2023): Fossile Gegenoffensive – Grüner Kapitalismus ist nicht in Sicht. *emanzipation* 7 (2), S. 121–252:

[3] Ilya Budraitskis: Putinismus: Eine neue Form von Faschismus. *emanzipation* 6 (2), Dezember 2022, S. 73–93. https://emanzipation.org/wp-content/uploads/2024/01/Budraitskis_2023_Putinismus_Faschismus_emanzipation_6-2.pdf; Gilbert Achcar: Das Zeitalter des Neofaschismus und seine besonderen Merkmale. *emanzipation* 8. Februar 2025 https://emanzipation.org/2025/02/das-zeitalter-des-neofaschismus-und-seine-besonderen-merkmale/

[4] Für eine ausführlichere Analyse der globalen Krisen und geopolitischen Spannung ist hier kein Platz. Zur Diskussion über die Herausforderung der internationalen Situation eignet sich:

Vierte Internationale (2024): Von unten gegen die multiplen Krisen. Entschließungsentwurf. *Die Internationale* 4/2024, S. 3–14.

[5] Diese Argumente ähneln jenen, die Denys Pilash von Sotsialnyi Ruch kürzlich in einem hoch interessanten Interview äußerte. Denys Pilash und Federico Fuentes: Gerechter Friede statt Deal im Sinne des Aggressors. *emanzipation*, 9 (1) https://emanzipation.org/wp-content/uploads/2025/03/Pilash_2025_Die-Linke-sollte-einen-gerechten-Frieden-fuer-die-Ukraine-unterstuetzen_emanzipation_9-1.pdf

[6] Christian Zeller (2024): Dunkle Energie. Europas fossile Finanzierung von Putins Kriegsfinanzierung durch fossile Verflechtungen. *emanzipation*, 25. Juli 2024

[7] *Ukraine: A People's Peace, not an Imperial Peace*, June 6, 2024

[8] Hier übernehme ich Überlegungen aus: Zeller, Christian (2024): Frieden in der Ukraine und ökosozialistische Perspektiven in Europa. *emanzipation* 25. Juli 2024

[9] Diese Vorschläge orientieren sich an: Daniel Tanuro: Entre Trump et Poutine, l'Europe au carrefour de l'Histoire. Gauche Anticapitaliste, 7. März 2025 https://www.gaucheanticapitaliste.org/entre-trump-et-poutine-leurope-au-carrefour-de-lhistoire/; Gauche Anticapitaliste: Für eine antikapitalistische und internationalistische Sicherheitspolitik! *emanzipation*, 17. März 2025. https://emanzipation.org/2025/03/fuer-eine-antikapitalistische-und-internationalistische-sicherheitspolitik/